OSTERN KAM DER ÖKOHASE

Von RAMON SOTELO

Nun ist sie also beschlossen, die erste Stufe der Steuerreform. Mit den Stimmen der Noch-Regierung von Hessen hat der Bundesrat das Werk des Entschwundenen abgesegnet: Zu Ostern kam der Ökohase. Das Ökologische, so sagt man uns, bestehe darin, daß künftig nicht mehr der Faktor Arbeit, sondern der Verbrauch von Energie verteuert wird. Damit sollen die Lohnnebenkosten, insbesondere der Rentenbeitrag, gesenkt werden.

Zunächst zur Begriffsbildung. Öko ist „in", und wir alle wissen, daß die neue Steuer keine Öko-, sondern eine Energiesteuer ist. Ökologisch betrachtet bräuchten wir keine große Steuerreform; viel wäre ökologisch erreicht, wenn die Subventionen für Stein- und Braunkohle einfach komplett gestrichen würden ... Vielleicht besteuert die neue Ökosteuer auch vor diesem Hintergrund nicht die CO_2-Emission, sondern den Energieverbrauch; wo blieben sonst unsere Kumpel, Genossen?

Und wer zahlt die Ökosteuer? Nachdem es nicht die Umweltsünder sind, könnte es der Energieverbraucher sein! Dieses muß man differenzieren: Also, daß die Benzinpreise nur moderater steigen, als sie es unter einer Regierung Schäuble vermutlich getan hätten, mag noch an der Verbundenheit unseres neuen medienwirksamen Dressman mit der Audi-Industrie liegen. Daß aber praktisch die gesamte produzierende Wirtschaft keine Energiesteuer zahlt – weil sie keine nennenswerte Energie benötigt oder von der Steuer befreit wird – liegt dann doch eher an der kurzen Abschreibungszeit von Industrieanlagen und der damit verbundenen Möglichkeit, in das Ausland auszuweichen.

Wenn aber weder der Verkehr noch die Industrie die Zeche zahlen, wer dann? Nun, nehmen wir es vorweg: die Hauseigentümer. Ja, Sie hören richtig. Die Energiesteuer wird praktisch nur in Form von Heizkosten und Strom gezahlt. Den Mietern ist es egal, ob sich die 13 DM Warmmiete aus 10 DM Kaltmiete und 3 DM warmen Betriebskosten zusammensetzt oder aus 8 DM Kaltmiete und 5 DM warmen Betriebskosten. Nachdem sich mit der Einführung der Energiesteuer nicht der Wohnungsbestand erhöhen wird und auch die Bürger nicht mehr Geld in der Tasche haben, können - wenn die Mieter ebensoviel wie bisher fürs warme Wohnen ausgeben - nur die Nettokaltmieten sinken. Eine Grundsteuererhöhung hätte nämlichen Effekt. Aus Lohnnebenkosten werden also Wohnnebenkosten gemacht. Profitieren tun der kleine Mann und die große Industrie, und zahlen dürfen die Hauseigentümer. Die Ökosteuer ist klassische sozialdemokratische Politik, grün gestrichen. Hat doch Oskar vor den Wahlen versprochen, daß die Spekulanten und Hauseigentümer gemolken werden sollen. Wenn Umverteilung zur Konsequenz nur Umverteilung hätte, wäre politisch wenig gegenzuhalten. Das Problem ist nur: Was geschieht in fünf Jahren, wenn die nächste zyklisch bedingte Wohnungsnot wieder Thema ist? Wie auf dem Arbeitsmarkt, wo wegen der hohen Lohnnebenkosten der vom Arbeitgeber gezahlte Lohn nicht beim Arbeitnehmer ankommt, sieht es künftig bei Mietverhältnissen aus: Wegen der gestiegenen Wohnnebenkosten kommt die vom Mieter gezahlte Miete immer weniger beim Vermieter an. Auch wenn es zu steigender Nachfrage mit steigenden Warmmieten kommt, wird es keinen Wohnungsbau mehr geben, weil die Mieten nur noch in abnehmendem Maße bei den Vermietern ankommen.

Die Steuerreform geht also wohnungspolitisch in die falsche Richtung. Und die dargestellte Problematik ist viel dramatischer als die paar Prozent mehr oder weniger Abschreibung.

Noch ein Letztes sei zur Ökosteuer angemerkt: Prosperierende Gesellschaften sparen, indem sie aus laufenden Einkommen Vermögen bilden, degenerierende Gesellschaften desinvestieren, indem sie aus dem Vermögen heraus über ihre Verhältnisse leben. Wir kennen das aus der DDR: Wie sah denn der Vermögensbestand – Immobilien – nach Jahren der erzwungenen Überheblichkeit aus? Das Schlimme an der Steuerreform ist nicht nur, daß die Hauseigentümer mit ihrem Vermögen bezahlen, sondern daß überhaupt Grundvermögen zur Finanzierung der Renten dezimiert wird.